



Presseinformation

**Pressesprecherin
Fina Geschonneck**

Tel.: 030 202491-11

Fax: 030 202491-50

E-Mail:

fina.geschonneck@ikkev.de

Berlin, 17. Oktober 2013

Niedersachsens Gesundheitsministerin Cornelia Rundt: „Die individuellen Gesundheitsleistungen müssen kritisch beleuchtet werden“

9. Plattform Gesundheit des IKK e.V. zum Thema „Würde des Patienten“

Für eine menschenwürdige Versorgung und Pflege ist mehr Geld im Gesundheitswesen erforderlich. „Wir brauchen eine wohnortnahe Versorgung zu menschenwürdigen Bedingungen, dafür müssen die Strukturen verändert werden“, sagte am Mittwoch Cornelia Rundt, Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, in ihrem Einführungsvortrag auf der 9. Plattform Gesundheit des IKK e.V.

Ein Umdenken vom Markt sei dafür notwendig. Nach Einschätzung von Rundt hat die Würde mit der Haltung der Menschen zu tun, die im Gesundheitswesen arbeiten. „Die Haltung braucht jedoch Ressourcen“, so die Ministerin. Für sie heißt das vor allem tarifgerechte Bezahlung. Rundt kündigte an, dass die individuellen Gesundheitsleistungen, kritisch beleuchtet werden. „Sie sind verfehlt“, betonte die Ministerin. Der ärztliche Rat dürfe nicht von monetären Aspekten beeinflusst werden.

Unter der Überschrift „Die Würde des Patienten: unantastbar oder gefährdet?“ diskutierten am Mittwoch Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesundheitswirtschaft vor mehr als hundert Teilnehmern.

Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender des IKK e.V., betont, dass sich diese Frage jeder selbst stellen müsse. Nach Aussage von Wollseifer geht es um den Respekt der Autonomie des Patienten. „Der Ruf nach Zuwendung und menschlicher Nähe wird lauter. Es geht auch um Fürsorge“, betont Wollseifer. Und zudem um „Gleichheit und Gerechtigkeit“. Wollseifer: „Der Mediziner ist gefordert, die richtige Balance zu finden – zwischen den Interessen des Patienten, des eigenen Arbeitgebers, zum Beispiel des Krankenhauses, sowie den Vorgaben der Krankenkassen.“

Für Prof. Dr. Dr. Heiner Raspe, Seniorprofessur für Bevölkerungsmedizin der Universität Lübeck, ist das derzeit größte Problem „eine absichtsvolle Über-, Unter- und Fehlversorgung, gemessen am aktuellen medizinischen Standard.“ Anstelle der Menschenwürde spricht Raspe von Humanität. Um die Ökonomisierung in der Medizin zu beherrschen, müssen nach Ansicht von Raspe drei Aufgaben erfüllt werden: Identifikation der Phänomene, wie Chefarztboni, Abweisung von Patienten oder Selbstzahler-Angebote und Versorgungsforschung. Und außerdem gehört dazu die Bewertung einer möglichen Rationalisierung bis hin zum rechtswidrigen Verhalten von medizinischem Personal. Grundprinzipien dürfen dabei, so Raspe, nie außer acht gelassen werden: „Vorrang des Patientenwohls, Patientenautonomie und soziale Gerechtigkeit.“



Lassen sich die Versorgung der Patienten und die Kommerzialisierung unter einen Hut bringen? Diese Frage stellt sich Prof. Dr. Volker Ulrich, Gesundheitsökonom an der Universität Bayreuth. Negative Auswirkungen der Ökonomisierung zeigen sich für Ulrich bei der Fallpauschalen-Vergütung im stationären Bereich. „Das DRG-System verursacht medizinisch nicht erklärbare Mengenausweitungen, vor allem bei den Fällen, die wirtschaftlich Gewinn versprechen“, so Ulrich. Sein Fazit: „Sofern die Ökonomie dazu beiträgt, dass die knappen Mittel in die beste Verwendung fließen, stellt sie keinen Gegensatz zur medizinischen Sichtweise dar.“ Die Ökonomie habe deshalb „in erster Linie eine beratende beziehungsweise unterstützende Funktion.“

Nach Ansicht von Dr. Rainer Hess, Vorstand Deutsche Stiftung der Organtransplantation und ehemaliger Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses, hat Deutschland ein Gesundheitssystem, das die Menschenwürde wahrt. „Der Druck der Ärzte gefährdet die Versorgung – dem steht jedoch ein mündiger Patient gegenüber“, so Hess. Sein Kritikpunkt: Sowohl die Vergütungsstruktur wie der Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen ist morbiditätsorientiert. Ausgeglichen werden jedoch nur pauschale Kosten, das führt aus seiner Sicht zu Verwerfungen. Hess: „Der Schwerstkranke kostet mehr, als das Krankenhaus oder die Krankenkasse aus dem Topf erhalten.“

Dr. Jürgen Gohde, evangelischer Theologe und Vorsitzender des Kuratoriums Deutscher Altershilfe, kritisiert die nachstationäre Versorgung von Demenzzkranken. „Da haben wir erhebliche Probleme.“ Nach seiner Einschätzung ist die Rationierung „rechtlich nicht möglich“. Gohde, der bis 2009 auch Vorsitzender des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs war, ist sich sicher, dass „der Expertenstandard in der Pflege nicht refinanzierbar ist.“

„Die Würde des Patienten ist unantastbar, aber auch gefährdet“, so die Einschätzung von Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender des IKK e.V., Vorsitzender des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung Sachsen-Anhalt und Vorsitzender des Verwaltungsrates der IKK gesund plus. „Wenn Patienten nicht mit ihrer Behandlung einverstanden sind, können sie viel dagegen tun“, sagt Müller. In diesem Zusammenhang erwähnt Müller die Widerspruchsstellen wie auch die Unabhängige Patientenberatungsstellen, die von der GKV finanziert werden. Man müsse aufpassen, „dass die Patienten nicht der Ökonomisierung geopfert werden“.

Für Jürgen Hohnl, Geschäftsführer des IKK e.V., ist die Lebensqualität des Patienten das Entscheidende. „Wir müssen die Frage des medizinischen Bedarfs neu formulieren“, sagt Hohnl. Er erinnert an die Losung des vergangenen evangelischen Kirchentages – „so viel du brauchst.“ Die Nutzenbewertung sei hierfür ein wichtiger Ansatz. Von der neuen Regierung fordert er, ein Präventionsgesetz auf den Weg zu bringen: „Das wäre der Lackmestest.“

Über den IKK e.V.:

Der IKK e.V. ist die Interessenvertretung von Innungskrankenkassen auf Bundesebene. Der Verein wurde 2008 gegründet mit dem Ziel, die Interessen seiner Mitglieder und deren mehr als fünf Millionen Versicherten gegenüber allen wesentlichen Beteiligten des Gesundheitswesens zu vertreten. Dem IKK e.V. gehören die IKK Brandenburg und Berlin, die IKK classic, die IKK gesund plus, die IKK Nord sowie die IKK Südwest an.

- Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.ikkev.de -